

## **Border, Nation: Deportation**

Jede politische Haltung und Handlung bewegt sich in einem Kontinuum zwischen zwei gegensätzlichen Extremen; soweit sie sich nicht einem der Extreme zuordnen lässt, unterscheidet sie sich von diesen nur graduell. Politik ist entweder der Kampf zwischen Extremen oder eine Auseinandersetzung über graduelle Unterschiede innerhalb des Kontinuums.

### **Extreme: Nationalismus gegen Universalismus**

Was das Verhältnis von Mensch und Nationalstaat angeht, sind die gegensätzlichen Extreme die Negation des Nationalstaats und die Negation des Menschen. Die Negation des Nationalstaats ist der Universalismus der Menschenrechte. Er leugnet nationale, rassische, kulturelle und sonstige Unterschiede und behandelt jeden Menschen völlig gleich. Seine Hauptvertreter sind: Ultraliberale, die den Staat an sich ablehnen, und internationalistische Sozialisten, die den Nationalstaat ablehnen und einen sozialistischen Weltstaat errichten wollen. Ein konkretes Beispiel ist die linke Bewegung „Kein Mensch ist illegal“ mit der Parole „no border, no nation, stop deportation“. Der Gegensatz, die Negation des Menschen, ist der Nationalismus. Er ordnet die Menschen völlig ihrer nationalen Zugehörigkeit unter, und diese unterwerfen sich selbst völlig dieser Zugehörigkeit. Der reinste Ausdruck des Nationalismus in der Geschichte war der deutsche Nationalsozialismus mit seiner Rassenlehre: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles.“

Extreme bekämpfen sich nicht nur gegenseitig. Aus ihrer Sicht gehört alles, was nicht dem eigenen Extrem entspricht, zum gegensätzlichen Extrem. Der Universalist leugnet den Unterschied zwischen Abschiebung und Gaskammer: „Nazis morden, der Staat schiebt ab, das ist das gleiche Rassistenpack“. Für die Kommunistische Internationale war die Sozialdemokratie Sozialfaschismus; wer nicht für die Revolution kämpfte, betrieb Konterrevolution. Genauso hielt es der Nationalsozialismus.

### **Die Mitte: Demokratie**

Die Demokratie tendiert zur Mitte zwischen Extremen: zwischen Universalismus und Nationalismus; Sozialismus und Kapitalismus; Gleichheit und Freiheit. Damit tritt der Kampf zwischen den Extremen zurück hinter die Auseinandersetzung über graduelle Unterschiede innerhalb einer gesellschaftlich akzeptierten Normalität um die Mitte herum. Diese Normalität ist voller Widersprüche und Inkonsequenzen, sei es der oben genannte Bruch im Grundgesetz oder sei es andererseits, dass die Bürgerrechte eingeschränkt auch für AusländerInnen gelten und diese eingebürgert werden können. Die Grenzen der Normalität sind unscharf und ebenfalls Gegenstand der Auseinandersetzung. Eine Haltung, die zu einer Zeit nicht gesellschaftsfähig ist, kann es im Laufe der Zeit werden.

Zum Teil erkennt die Demokratie ihre Tendenz zur Mitte an, zum Teil täuscht sie sich darüber. Schon im Grundgesetz ist diese Selbsttäuschung zu sehen: Es stellt mit Absicht die Rechte des einzelnen Menschen, die Grundrechte, an den Anfang, und bei den Grundrechten sind es die universalistischen Menschenrechte, die an erster Stelle stehen: Die Würde *des Menschen* ist unantastbar; *jeder* hat das Recht. Von besonderer Bedeutung ist Artikel 3: *Niemand* darf wegen seiner *Heimat und Herkunft* benachteiligt werden. Dieser Artikel wird schon im Grundrechteteil selbst gebrochen – wenn die Bürgerrechte beginnen: Alle *Deutschen* haben das Recht. Der Bruch ist

klar und nie aufzuheben. Eine Ausländerin ist keine Deutsche, ein Deutscher kein Ausländer.

Jeder Staat, mag er sich auch noch so universal und liberal verstehen, ist im Kern nationalistisch und knüpft an die Staatsbürgerschaft wesentliche Rechte, die Bürgerrechte. Ein wichtiges Bürgerrecht findet sich im Grundgesetz nicht ausdrücklich: das Aufenthaltsrecht. (Zum Teil steckt es im Recht auf Freizügigkeit.) Wer keinen deutschen Pass hat, fällt unter Sondergesetze wie das Aufenthaltsgesetz und muss sich seinen Grenzübertritt und seinen Aufenthalt genehmigen lassen. Zwar ist dies nicht der Nationalismus der Nazis; aber es wird unbestreitbar an die Zugehörigkeit zur Nation angeknüpft. Und diese Zugehörigkeit wird auch in der liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie gegen Nicht-Zugehörige, gegen AusländerInnen mit aller Gewalt durchgesetzt. Die Grenzkontrolle und die Abschiebung sichern dort den Schutz der Nation. Border, Nation: Deportation.

### **Normalität der Extreme**

Da sich die Normalität nur graduell von den Extremen unterscheidet, nimmt sie Teile von beiden Extremen in sich auf. Diese Teile sind es, die aus der Sicht beider Extreme Verrat bedeuten und die Zuordnung der Normalität zum gegensätzlichen Extrem zulassen. Denn was sei der Unterschied zwischen der Forderung der NPD nach „schrittweiser Rückführung hier lebender Fremder in ihre Heimat“ und Otto Schilys „Das Boot ist voll“? Was der Unterschied zwischen der Forderung des NPDlers Jürgen Rieger „Asylanten auszuhungern“ und der tatsächlich praktizierten Entrechtung von Flüchtlingen in Ausreiselagern? Der Unterschied ist: Schily fordert keine massenhafte Rückführung von AusländerInnen; und in den Ausreiselagern werden Flüchtlinge – noch – nicht ausgehungert. Der Unterschied ist graduell – aber es *ist* ein Unterschied. Die Kritik, mit welcher der Demokrat von den Extremen (und von sich selbst) konfrontiert wird, ist die Kritik am Wert des graduellen Unterschieds.

Das Herz freilich neigt zum Universalismus, es empört sich auch über Ausreiselager und Abschiebungen, nicht nur über Aushungern und Gaskammern. Der Verstand sucht nach einem absoluten Unterschied zwischen der dürftigen demokratischen Normalität und dem Nationalismus, welchen er nicht findet. Jeder prüfe sich jedoch ernsthaft, wie viel Universalismus er vor seiner politischen Vernunft vertreten kann. Er sollte dabei nicht vergessen, dass der offizielle Internationalismus der ehemals kommunistischen Staaten äußerlich geblieben ist: der Ostblock zerbrach in Nationalstaaten; die östlichen Bundesländer kämpfen heute besonders mit Ausländerfeindlichkeit. Und wer anerkennt, dass *jedes* Recht auch der Macht bedarf, um wirksam sein und geschützt werden zu können, der wird sich einem reinen Universalismus verschließen müssen. Zumindest, solange wir noch keinen Weltstaat haben, in dem alle Menschen Bürger eines einzigen Staates sind und gleiche Rechte haben, bleibt politische Vernunft auf die Macht des Nationalstaats angewiesen. Dennoch kann man sich einsetzen gegen viele einzelne Abschiebungen, gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, gegen den Entzug des Flüchtlingsstatus' von Flüchtlingen aus Irak oder Afghanistan, gegen persönlichen Rassismus – und für großzügigen Flüchtlingsschutz, für erleichterte Einbürgerungen, für einen Weltstaat.

**Markus Henn, Juni 2007**

*(Student der Politikwissenschaft, Sprecher des Münchner Flüchtlingsrats)*